

Forschungsbericht zu Berufsverboten in Baden-Württemberg erschienen - Betroffene fordern zügige Rehabilitation und Entschädigung

An diesem Wochenende wurden die Aufarbeitung und lang erwarteten Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Universität Heidelberg von 2018 bis 2021 zur Umsetzung und den Folgen des Radikalen- und Schiess-Erlasses in Baden-Württemberg veröffentlicht („Verfassungsfeinde im Land? Der 'Radikalenerlass' von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik“, Wallstein-Verlag, 684 S.)

Aus den 34 Beiträgen von 11 Autorinnen und Autoren wird vor allem unmissverständlich ersichtlich, dass die Berufsverbote in ihrer Umsetzung fast ausschließlich gegen kritisch denkende Linke gerichtet und kollektives Unrecht waren. Dies hat zu massiven Grundrechtsverletzungen geführt und in der Konsequenz der Demokratie schweren Schaden zugefügt.

Im Anschluss an die ARD-Dokumentation im Januar „Jagd auf Verfassungsfeinde – Der Radikalenerlass und sein Opfer“ hatte die Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote nochmals ein Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann verfasst, in dem sie insbesondere auf den Verstoß der Berufsverbots-Maßnahmen gegen Kernnormen des Internationales Arbeitsrecht (IAO/ILO-Übereinkommen Nr. 111) hinwies.

Die Landesregierung hatte bislang stets betont, in der Frage der Rehabilitation der Betroffenen zunächst die Studie der Forschungsgruppe abwarten zu wollen. Nachdem diese nun vorliegt und zu den von uns erwarteten Ergebnissen geführt hat, erwarten wir nun schnelle Schritte zur Rehabilitation und Entschädigung aller, die unter der Politik der Berufsverbote gelitten haben. Eine bloße Entschuldigung und dies nur „in Einzelfällen“ ist für uns nicht akzeptabel.

Die Betroffenen sind mittlerweile fast alle zwischen 70 und 80 Jahre alt. Wir werden nicht zulassen, dass die Politik weiterhin auf eine „biologische Lösung“ setzt. Auch eine Wiederauflage des Erlasses, wie sie dem Landtag in Brandenburg bereits in einem Gesetzentwurf vorliegt, lehnen wir entschieden ab.

25. Mai 2022

Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg

(Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse des Forschungsprojekts mit einer Stellungnahme und einem abschließenden Fazit der Initiativgruppe sind im Anhang beigefügt.)